

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Schreibst. u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Auf 14574 u. 21205.  
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 33 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,  
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.  
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.  
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

№. 46

Dresden, Mittwoch, 24. Februar

1932

## Nationalsozialistische Beschimpfung des Reichspräsidenten. Goebbels aus der Reichstags Sitzung ausgeschlossen.

Die Sitzung des Reichstags vom 23. Februar. Die Redner und Tribünen sind überfüllt. Am Beginn des Reichstags hat Reichspräsident Dr. Brüning, Reichsminister Dietrich und die Reichsminister Brüning, Brüning, Brüning und Joel Platz genommen.

Reichspräsident Brüning eröffnet die Sitzung um 3 Uhr mit einem Nachruf für den in der Zwischenzeit verstorbenen sozialdemokratischen Abg. Weismann (Hildesheim).

Der Vorsitz in die Tagesordnung nimmt das Wort ein kommunistischer Antrag auf Dämpfung der Abg. Kohlmann (Komm.) zu.

Abg. Ziegler (Komm.) beschwert sich darüber, daß Abgeordnete durch die polizeilichen Abwehrmaßnahmen Schwierigkeiten gemacht worden seien, in das Reichstagsgebäude zu gelangen. Er beantragt sofortige Aufhebung der polizeilichen Abwehrmaßnahmen und Entfernung der Polizei aus dem Reichstagsgebäude.

Die von den Kommunisten gewünschte sofortige Aufhebung dieses Antrages scheitert am Widerstand des Abg. Weismann.

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Wahlprüfung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten.

Damit verbunden ist die große innen- und außenpolitische Aussprache.

**Reichsminister Brüning** beginnt den Bericht der Reichsregierung, als Wahltag für den ersten Wahlgang den 13. März und als Tag des zweiten Wahlganges den 10. April festzusetzen. Er betont, daß die Wahl so wenig verzögert werden muß, daß am 5. Mai, an dem die Amtsperiode des Reichspräsidenten in Hindenburg abläuft, ein Reichspräsident, neu gewählt, zur Übernahme des Amtes vorhanden ist.

Der Minister hebt hervor, daß nach den Ausführungen der Reichsregierung, die Wahlprüfung über einen zweiten Wahlgang erst erforderlich sein würde, wenn dessen Notwendigkeit sich im Einzelfall als notwendig erweist.

Um ein für allemal diese technische Frage zu erledigen, empfiehlt es sich, schon jetzt einen Wahltag festzusetzen. Ich brauche wohl nicht näher zu begründen, so erklärt der Minister, daß während der üblichen Zeit eine Wahl nicht stattfinden kann. So ergeben sich aus der Wahlprüfung wie aus der Kalenderfrage zwingend die 13. März und der 10. April. Wäre der Reichspräsident empfindlich für die Wünsche der Reichsregierung, würde er sich für diese Wahlprüfung entscheiden.

Der Minister nimmt als erster Redner der Abg. Dr. Goebbels (Nazi) das Wort. Er erklärt: Das krasseste Merkmal der politischen Entwicklung der letzten zwei Jahre in Deutschland ist der 14. September 1930. Aus dem Verfall der bürgerlichen Parteien ist hervorgegangen eine neue politische Bewegung, die sich als Nationalsozialistische Bewegung um eine kurze Zwischenzeit handelte, hat sie, wie die inzwischen festgestellten Umstände beweisen, als tragisch erwiesen. Nicht die Schuld der Nationalsozialisten ist es, daß der deutsche Kredit im Ausland ins Sinkende gekommen ist (Weiskopf Widerstand links und im Zentrum), sondern es ist die Schuld der Regierung, die verhängt hat, daß die Nationalsozialisten den Kredit an der Macht erhielten, den ihnen das Volk durch die Wahlen zugesprochen hat. (Weiskopf Beifall bei den Nationalsozialisten.) Das Jahr 1932 wird für Deutschland die entscheidendsten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen bringen. Die augenblickliche wirtschaftliche und politische Lage ist ein Bild grauenhafter Verwirrung. Die Notverordnungspolitik hat die Gesundheit des deutschen Volkes zerstört. Im Innern verfeindeten sich die Gegenseiten mehr und mehr. Die politischen Fronten marschieren in erhöhter Feindschaft gegeneinander auf, und die Gefahr eines latenten Bürgerkrieges

wächst von Tag zu Tag mehr. Die Entwicklung, die seit der Reichsübernahme durch Reichspräsident Brüning eingeleitet hat, heißt das zwingende Ergebnis der Entwicklung, die in Deutschland seit dem 9. November 1918 Platz gegriffen hat. Die Nationalsozialisten haben das Recht, von der Regierung Rechenschaft zu verlangen über das, was sie versprochen und was sie geleistet hat. Die Sanierung der Finanzen ist auf der ganzen Linie mißlungen. Der Redner geht im einzelnen auf die Notverordnungsmaßnahmen ein und erwähnt dabei u. a., daß im Verlaufe des letzten Jahres gegen 28 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Redeverbote verhängt worden seien. Im Laufe von drei Monaten habe die nationalsozialistische Bewegung 24 Tote zu verzeichnen. (Fortgesetzt wurde bei den Nazis.) (Gegenüber bei den Komm.) Der Lärm der Nationalsozialisten heizt sich, als der Redner erklärt, der Mann, der in Preußen betraut sei die Notverordnungen gegen die Nationalsozialisten in Ausführung zu bringen, habe in Bezug auf Hitler gesagt, fremde Eindringlinge müßten mit der Dampfpfeife aus Deutschland gejagt werden. Der Redner kritisiert weiter die Bemerkung des Reichspräsidenten Brüning in einer Versammlung, wonach die Mächtigere durch die Nationalsozialisten den Bürgerkrieg bedeuten würde. Der Redner weist auf die Gefahr hin, wie tief das deutsche Volk im Ausland gesunken ist. Die ganze Welt weiß, daß die Tribüne nur von einem freien Deutschland geleitet werden kann. Trotzdem verzieht sie den Tag der Entscheidung von Komat zu Komat, weil Sie, Herr Reichspräsident, keine Kritik an dem Reichspräsidenten zulassen wollen. (Weiskopf Beifall bei den Nat.-Soz.) weil man mit ihnen keine Verträge abschließen will, weil Sie der Mann von gestern sind, und der Mann von morgen kommt. (Erneuter Beifall bei den Nat.-Soz.) Wir sollten nun auf parlamentarische Wege ein System am Leben erhalten, das auch der Reichspräsident sieben Jahre lang gelebt und verantwortet hat. Dabei herrscht der größte Unwille, daß der Redner unter Partei nicht einmal den Staatsbürger sein hätte. Wir haben das Ansehen des Reichspräsidenten abgelehnt, und zwar aus verfassungsmäßigen wie auch aus politischen und moralischen Gründen. Es ist ein Verbrechen des Reichspräsidenten, wenn er erklärt, daß er seinen Platz nicht eigenmächtig verlassen wolle. Er ist auf sieben Jahre gewählt und handelt nur pflichtgemäß, wenn er seinen Platz nach Ablauf dieser Zeit verläßt. Erhebt er weiterhin Anspruch auf unsere Stimmen, so muß er sich gefallen lassen, daß die von ihm verantwortete Politik kritisch überprüft wird. Nicht die nationalsozialistische Bewegung hat Hindenburg im Silde gelassen, nein, Hindenburg hat die Sache seiner Wähler im Silde gelassen. (Weiskopf Beifall rechts.) Er hat sich eindeutig auf die Seite der Rechte und der Sozialdemokratie gestellt. Ein altes Wort behält noch immer zu Recht: „Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist.“

Als der Redner in diesem Zusammenhang die Sozialdemokraten

nennt, erhebt sich bei der angegriffenen Partei ungeheurer Lärm. Die sozialdemokratischen Abgeordneten drängen auf die Redeverbote zu, ebenso die Nationalsozialisten. Durch andauernde Zwischenrufe wird Abgeordneter Goebbels am Weiterreden verhindert.

Als auf die Vorstellungen des Reichspräsidenten einen Augenblick Ruhe eintritt, erklärt Goebbels: Es ist mir bekannt, daß aus dem Reichstagsbüro der Sozialdemokraten eine Denkschrift herausgegangen ist, in der gesagt wird, daß der Landesausschuß sein Verbrechen sei. (Erneuter großer Lärm u. d. Soz.)

Reichspräsident Brüning verliert sich in Schreien und rufte den Abg. Dr. Goebbels für den Ausdruck „Defektur“ zur Ordnung, nachdem er ihn gesagt hat, ob ihm bekannt sei, daß in der sozialdemokratischen Fraktion sich Kriegsteilnehmer und Kriegsverbrecher befänden.

Die Sozialdemokraten verlangen aber höflich, daß Abg. Dr. Goebbels die Beleidigung zurücknimmt. Ein entsprechender Vorwurf eines sozialdemokratischen Abgeordneten wird von den Nationalsozialisten mit Hochgeschrei beantwortet. Reichspräsident Brüning erhebt sich und bemerkt, daß er den Redner zur Ordnung gerufen habe und der Zwischenfall damit erledigt sei. Die Sozialdemokraten rufen: Er muß die Beleidigung zurücknehmen! — Nach weiteren vergeblichen Versuchen, die Ruhe wiederherzustellen,

unterbricht Reichspräsident Brüning die Sitzung für eine halbe Stunde.

Nach etwa einhundert Unterbrechungen eröffnet Reichspräsident Brüning die Sitzung wieder. Er erklärt, daß der Ausschuss sich mit dem Zwischenfall beschäftigt habe. Auf Grund des Protokolls habe Dr. Goebbels

in Bezug auf den Reichspräsidenten Hindenburg erklärt, er sei gelobt worden von der Wipplatsche und von der Partei der Defektoren.

Da dieser Bemerkung der Satz vorher ging: Sage mir, wer du bist, so will ich dir sagen, wer du bist, so lese der Ausschuss eine Beleidigung des Staatsoberhauptes und eine gräßliche Beleidigung der Ordnung des Hauses.

Der Abg. Goebbels wird daher von der Sitzung ausgeschlossen.

(Gandelschen im Zentrum und b. d. Soz.) Abg. Dr. Goebbels verläßt den Saal unter fortgesetzten Pfeifen seiner Parteifreunde.

Im Namen von Kriegsteilnehmern verschiedener Fraktionen wendet sich Abg. Kemmer (Staatsp.) zum Wort, kann sich aber bei größter Unruhe und lärmenden Zurufen von der Rednerkanne durchsetzen. Er erklärt, daß Abg. Dr. Goebbels habe Mitglieder des Hauses beleidigt, die als Kriegsteilnehmer den Beifriede mitgemacht hätten. Diese Erklärung habe bei den Fraktionen, für die er spreche, und in den Kreisen der Kriegsteilnehmerfraktionen größte Entrüstung hervorgerufen. (Fortgesetzt große Unruhe.)

## Scharfe Zurückweisung der Goebbelschen Beschimpfung des Reichspräsidenten.

Erklärung Groeners im Reichstag.

Berlin, 24. Februar.  
Bei Eröffnung der Sitzung erklärt Reichstagspräsident Brüning, die Erörterungen in der gestrigen Sitzung gäben ihm Veranlassung, für den Fall der Wiederholung solcher Erörterungen die schärfsten Maßnahmen anzufordern.

**Reichswehrminister Groener** nimmt vor der Fortsetzung der Aussprache zu folgender Erklärung das Wort:

In der gestrigen Sitzung hat der Abgeordnete Dr. Goebbels nach Feststellung des Ausschusses folgende Äußerung gemacht: „Sage mir, wer du bist, und ich sage dir, wer du bist.“ Hindenburg gelobt von der Partei der Defektoren.“ Ich ergebe die Gelegenheit, wo Dr. Goebbels wieder anwesend ist, auf dieses Wort noch einmal einzugehen. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird es als eine Ungehörigkeit auffassen, wenn der oberste Soldat des Reiches, der Sieger von Tannenberg, der Mann, der sich freiwillig zu Anfang des Krieges in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat, der

Wenn, der diesen Dienst auch dann nicht verlassen hat, als alles zusammenbrach (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, lärmende Zurufe bei den Nationalsozialisten), wenn Hindenburg in irgendwelche Beziehung mit dem Wort „Defektur“ gebracht wird. (Rufe bei den Nationalsozialisten: Das ist nicht geschehen!) Diese Beleidigung, die ein Mann anzusprechen wagt, der selber den Krieg mit dem Ehrenkranz kennt, (Weiskopf sehr richtig!) bei der Mehrheit, lärmender Widerspruch bei den Nationalsozialisten, kann zwar der Größe der Leistung des Generalfeldmarschalls ebenso wenig anhaben wie der Berechnung, welche das deutsche Volk vor seiner Pflichterfüllung in Krieg und Frieden erfüllt. Aber als Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der deutschen Wehrmacht habe ich die Pflicht und den Auftrag, diese ungehörige Äußerung des Abgeordneten Goebbels als eine Beleidigung nicht nur des Herrn Reichspräsidenten, sondern des deutschen Volkes zu kennzeichnen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Rufe bei den Nationalsozialisten: Das stimmt ja nicht!) und sie auf das Schärfste zurückzuweisen.

Unruhe. — Die Abgeordneten drängen zum Nebenplatz, die Ausführungen des Redners sollen gehen im Lärm unter.) Von allen Parteien seien eben Opfer auf dem Altar des Vaterlandes dargebracht worden. Die Entrüstung sei um so größer, als der Abgeordnete Goebbels und ein großer Teil seiner Fraktionskollegen den Weltkrieg nicht mitgemacht hätten. Die infame Beleidigung habe bei allen Kriegsteilnehmern des Hauses größte Entrüstung ausgelöst. Die Kriegsteilnehmer, die miterlebt hätten, wie Tausende von Sozialdemokraten im Felde starben, seien empört über diese freche Beleidigung, die skrupellos das heroische Kriegsoffer der Nation schände, das von Deutschen aller Parteien auf dem Altar des Vaterlandes dargebracht worden sei.

Abg. Stubbendorf (Dnat.) erklärt, er habe in dem Lärm nicht klar verstehen können, was Herr Kemmer eigentlich vertritt. Er nehme deshalb Veranlassung, zu betonen, daß dessen Erklärung für die Kriegsteilnehmer der deutschnationalen Fraktion nicht abzugeben sei.

Abg. Weiskopf (Komm.) erklärt, die Kriegsoffer würden gemeinsam mit dem Protetariat ihre Wache gegen die kapitalistische Kriegspolitik der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten zu verteidigen wüßten.

Abg. Straßer (Nazi) wird von der Linken mit lebhafter Unruhe empfangen. — Der Redner protestiert gegen die „unerhörte Gewalttätigkeit“, die man gegen den Abg. Goebbels angewendet habe. Auf das Stichwort von der Partei der Defektoren habe sich nur die Sozialdemokratie getroffen gefügt. (Stürmischer Beifall bei den Nazis, Gelächter bei den Soz.) Dieser Name kann sich niemals auf jemanden beziehen, der bis zum letzten Tage an der Front gekämpft hat. Die Sozialdemokratie hat sich gegen Ende des Krieges durch die gemollte Herbeibringung des Zusammenbruchs als Partei des Landesverrats demaskiert. (Weiskopf Zustimmung bei den Nazis, Lärm bei den Soz.) Mit salbungsvoller geschulter Sprachfertigkeit hat man aus den Worten des Abg. Goebbels eine Beleidigung konstruiert wollen. Er hat dabei von einem Lobe gesprochen, das kann niemals eine Beleidigung sein. Das sind die letzten Indungen eines unvernünftigen Systems, das sich wagt, sich sonst zu wehren, nur der Mittel brutaler Vergewaltigung bedienen kann. (Weiskopf Beifall bei den Nazis. — Große Unruhe links und in der Mitte.)

Abg. Dr. Schumacher (Soz.) betont unter dem Lärm der Nationalsozialisten, es habe keinen Zweck, sich mit den Nationalsozialisten über Beleidigungen zu unterhalten, da diese die Verleumdung geradezu zum System gemacht hätten. Die Sozialdemokraten hätten es nicht nötig, ihre durch Opfer an Gut und Blut erhabene nationale Politik (Lachen bei den Nazis) gegenüber den Nationalsozialisten zu verteidigen, von denen ein großer Teil sich erst seit zwei oder drei Jahren mit Politik beschäftigt. Die nationalsozialistische Agitation sei ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen (Stürmischer Lärm bei den Nazis). Wenn man irgend etwas bei den Nationalsozialisten anerkennen würde, so sei es die Tatsache, daß ihnen zum ersten Male in der deutschen Politik die Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen sei. Der Redner, der im Kriege einen Arm verloren hat, wendet sich gegen eine nationalsozialistische Behauptung, er habe sich selbst verkrüppelt, und erklärt noch, daß 70 Proz. der sozialdemokratischen Fraktion im Kriege im aktiven Heeresdienst gekannd hätten.

Abg. Künzler (Soz.) bezeichnet eine Behauptung des Abg. Straßer als erlogen, wonach Künzler einem Betteln der Defektoren angehört habe. Er, Künzler, habe in den Jahren 1917/18 an der Westfront bei Arras gekämpft.

Abg. Aldrich (Komm.) erklärt, daß der Reichstag im Reichs imperialischer Kriegspolitik liegt. Aber es formierte sich die rote Eisenfront des werthigen Volkes gegenüber der Front der Sozialdemokraten und Unterdrücker zu der auch die Sozialdemokraten gehören. Das sei dieselbe Front, die Hindenburg wählte. Der deutsche Arbeiter müsse erkennen, daß er Brot, Arbeit und Freiheit nur erlangen könne, wenn der Einfluß der Sozialdemokratie vernichtet werde. In Berlin geht jeden Tag ein Hungerkämpfer durch Hunger oder Selbstmord zugrunde. Erst in den letzten Tagen sei eine Arbeiterfrau im Krankenhaus gestorben, weil ihr erkrankter Mann weder Nahrung noch Drogen habe bekommen können. Diese Frau ist (zu Reichsarbeiterrätin Stegmann) durch Ihre Notverordnung gekümmert. Der Redner legt die Photographie dieser Frau auf den Tisch des Reichspräsidenten nieder. Reichsfinanzminister Dr. Dietrich und Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald betrachten das Lichtbild.

R